Professor Birnbaum analysiert die Linie Hillary Clintons und den Konflikt zu Obama. „Clintons Ansichten sind eine Rückkehr zu dem Dogmatismus, der sie als Schülerin eine begeisterte Anhängerin werden lassen hat für den wütenden Provinzialismus des Propheten des zeitgenössischen republikanischen Imperialismus, Senator Goldwater.“ Clinton setze sich an die Spitze einer oberflächlich modernisierten Kriegspartei. Den Text von Norman Birnbaum finden Sie unten auf Deutsch und Englisch. Ein herzlicher Dank geht an den Autor und an Carsten Weikamp, der den Text übersetzt hat. **Albrecht Müller**.

Noch eine Anmerkung zum Autor: Normen Birnbaum ist ein Kenner Europas und der USA. Viele Leser der NachDenkSeiten kennen ihn von seinen Artikeln in der TAZ, in der Zeit, in der Frankfurter Rundschau, als Mitherausgeber der „Blätter“ und vom Pleisweiler Gespräch 2013. Norman Birnbaum wird auf absehbare Zeit ca. jeden Monat über die USA berichten.

Nachtrag zum ersten Bericht und zur aktuellen Situation: Norman Birnbaum schrieb am 30. Juni, das Potenzial für Unruhen und Gewaltanwendung sei offensichtlich. Die USA stehe nahe an der Regierungsunfähigkeit. Jetzt merkte er mit Bezug auf die polizeiliche Gewalt und die Unruhen in Fergusson in einer Mail an, die Gefahr, dass es in wenigen Tagen in einigen Städten eine Revolte der schwarzen Bevölkerung gäbe, bestehe. Und dann, so Birnbaum sarkastisch, könnten Rasmussen und Gauck von der NATO verlangen, eine Befreiungstruppe in die USA zu schicken.

Hier der 2. Bericht von Norman Birnbaum vom 19.8.2014:

(Hier der Originaltext und die Übersetzung als Download [PDF – 70 KB])

Übersetzung ins Deutsche

Clinton, Obama und die neue Ära des American Empire

von **Norman Birnbaum**

In einem langen Interview im Atlantic Magazin hat die frühere Außenministerin Hillary Clinton Präsident Obama kritisiert. Konkret hat sie geäußert, dass die Situation in Syrien eine andere wäre, wenn die USA die ursprünglich demokratische Opposition gegen das Assad-Regime mit Waffen versorgt hätten, und dass die muslimischen Fundamentalisten mit ihrer fanatischen Gewalt dann nicht in diese Lücke hätten stoßen können. Clinton sprach zwar im Konjunktiv, um den Eindruck einer eher hypothetischen Überlegung zu erwecken, aber niemand glaubt daran. Ihre Worte wurden sofort und übereinstimmend als Ausdruck ihrer formal zwar unerklärten, aber absolut offensichtlichen Präsidentschaftskampagne

verstanden. Sie waren eine Distanzierung von einem vermeintlich unpopulären Präsidenten, der oft als ein Intellektueller dargestellt wird, dem der Wille fehlt, die Interessen der Nation zu verteidigen. Der Präsident schlug zurück, indem er sich extrem skeptisch darüber äußerte, ob sich die demokratische Opposition in Syrien erfolgreich der militärischen Gewalt des Assad-Regimes hätte widersetzen können. Der Präsident antwortete mit beißender Kritik auf den Vorwurf, die amerikanische Unentschlossenheit habe den Jihadisten im Irak die Türe geöffnet.

Die direkte Abkehr von der Politik, die sie als Außenministerin unterstützte, war jedoch nicht der auffallendste Aspekt des Interviews. Es war ein systematisches Statement des amerikanischen Nationalismus, der, als moralische und politische Führerschaft verkleidet, globale Hegemonie reklamiert. Clinton scheute nicht davor zurück, das zu verteidigen, was sie die „häßlichen“ Seiten des Kalten Krieges nennt – sie zählte aber nicht die Staaten auf, in denen die USA interveniert hatten, häufig um brutale Regime zu installieren oder zu stützen, die verlässlich antikommunistisch waren. Sie unterschlug ebenso verdeckte Einmischung in demokratischen Staaten. Schließlich, gab sie zu Protokoll, habe man den Kalten Krieg gewonnen, was die Mittel, die dazu führten, rechtfertige. Sie klang hart wie Kissinger, machte aber keineswegs den Eindruck, auch dessen geschichtliche Intelligenz zu besitzen.

Dass das Ende des Kalten Krieges nicht die weltweite Vorherrschaft von Frieden und Wohlstand begründete, führt Clinton auf die hoffnungslose Natur der Nationen und Völker zurück, die unglücklicherweise nicht die gleichen Geschicke wie die USA hatten. Clinton griff Putin und Russland als besonders mit Makeln behaftet heraus, betonte, Israel sei moralisch und politisch vorbildlich, und äußerte sich herablassend über Europa, skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit einer Übereinkunft mit dem Iran und bemerkenswert still zu Asien – abgesehen vom Lob für Premierminister Abe und dessen Anstrengungen, den Frauenanteil unter den japanischen Erwerbstätigen anzuheben. Man hätte denken können, dass Abes Ehrerbietung für den japanischen Nationalismus für sie von Interesse sein könnte. Sie ist schließlich nicht die erste Absolventin des Wellesley College in der Nähe Bostons, die sich für Weltpolitik interessiert. Ihr war bereits jemand aus der Sen-Familie vorausgegangen, später die Frau von Chiang Kai-Shek.

Präsident Obama hat zuletzt in Aussagen wie dem Interview mit Thomas Friedman in der New York Times einen anderen Ansatz gewählt. Er lehnt explizit die Ansicht ab, dass die USA, so groß deren Einfluss auch sei, ihre Vorstellungen von der Welt anderen aufzwingen könnten. Er beharrt darauf, dass es viele Probleme gebe, die mit militärischen Mitteln nicht zu lösen seien. Staaten und Völker trügen selbst Verantwortung dafür, die eigenen Spaltungen zu überwinden. Die USA hätten innerhalb der eigenen Grenzen genug zu tun

und würden, wenn sie scheiterten, die eigenen Aufgaben zu lösen, selbst zu seinem ärgster Gegenspieler werden. Seine Worte entbehrten des Triumphalismus von Clintons wenig origineller Version von Amerikas Einzigartigkeit. Kein Präsident seit Kennedy (in seiner Rede 1963, in der er zum Ende des Kalten Krieges aufruft) hat so nachdrücklich den Konventionen der Eliten der amerikanischen Außenpolitik getrotzt – woher auch deren unerbittliche Verunglimpfung unseres bemerkenswert intelligenten Präsidenten rührt. Er hat sich allerdings auch einige der schlimmsten Traditionen aus dem Außenamtsapparat und der inneren Sicherheit zu eigen gemacht – besonders bei der verfassungswidrigen Überwachung der Bürger und bei verdeckten Operationen im Ausland, die nach unseren und internationalen Gesetzen verboten sind. Vielleicht hat ihn Kennedys Schicksal beeinflusst. Eine 10.000 Meilen lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt, und er hat wenigstens eine dieser ersten Schritte gemacht.

Clintons Ansichten sind eine Rückkehr zu dem Dogmatismus, der sie als Schülerin eine begeisterte Anhängerin werden lassen hat für den wütenden Provinzialismus des Propheten des zeitgenössischen republikanischen Imperialismus, Senator Goldwater. Der war 1964 republikanischer Präsidentschaftskandidat, schwer geschlagen von Lyndon Johnson. Johnson gewann nicht zuletzt weil er Goldwater vorwarf, das amerikanische Engagement in Vietnam ausweiten zu wollen – und tat dann natürlich selbst auch prompt genau das. Johnson sagte später, dass er gewusst habe, dass der Krieg nicht zu gewinnen war, aber dass er Angst gehabt habe, umgebracht zu werden, wenn er die amerikanischen Truppen abgezogen hätte.

Jetzt setzt sich Clinton, als Studentin einst Kritikerin des Vietnam-Desasters, selbst an die Spitze einer oberflächlich modernisierten Kriegspartei. Sie denkt offensichtlich, dass die anti-imperialistischen Demokraten der Obama-Koalition keine andere Wahl haben als für sie zu stimmen – und mobilisiert derweil die Millionen, die die Entscheidungen über Krieg und Frieden mürrisch denen überlassen, die sich für etwas besseres halten. Sie könnte in einer Zeitschleife leben, die Anti-Kriegs-Wähler könnten Zuhause bleiben, oder ausreichend viele könnten einem dritten Kandidaten die Stimme geben und damit den Republikanern die Präsidentschaft ermöglichen. Die Republikaner selbst könnten sich vom andauernden Kriegführen abwenden. Hat diese gebildete und intelligente Person einen großen, sogar riesigen historischen Fehler begangen? Sie nimmt an, dass die Bedingungen des letzten halben Jahrhunderts unendlich weiterbestehen, unter denen die USA eine Hegemonie über weite Teile der Welt ausgeübt haben. Das ist nicht der Fall. Der viel jüngere Obama hat eine weit realistischere Sicht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Ihre Auseinandersetzung wird auch dann noch weitergehen, wenn beide die politische Bühne längst verlassen haben. Es handelt sich nämlich um die Debatte, die die amerikanische

Politik im nächsten halben Jahrhundert prägen wird. Clinton zeigt zwischenzeitlich ein Maximum an Opportunismus in dem Versuch, sich von Obama zu distanzieren. Seine Beharrlichkeit in der Vermeidung von Krieg ist wirklich beliebt, und die Öffentlichkeit wird ihn eher früher als später gegen seine Kritiker unterstützen, die in den Medien omnipräsent sind. Seine Unpopularität wird übertrieben. Dreißig Prozent der Nation werden ihn niemals akzeptieren, in kultureller (er ist zu gebildet) und rassischer Hinsicht. Bleiben siebzig Prozent – und da ihn vierzig Prozent der Gesamtwählerschaft unterstützen, verfügt er über eine Mehrheit unter denen, die er erreichen kann.

Die USA sind eine religiöse Nation, aber in der Außenpolitik lautet die Maßgabe nicht ‘vox populi vox dei’. Es gibt tiefe nationale Strömungen moralisch und religiös aufgeladener Selbstdarstellung, die aber offenkundig in sich widersprüchlich sind. Die US-Bürger stellen sich die Nation als schlussendlich unbesiegbar, aber andauernd bedroht vor. Sie halten nationale Loyalität für ein oberstes Gut, lassen aber zu, dass eine unmanierliche Sammlung ethnischer, ideologischer, rassischer und religiöser Gruppierungen die Außenpolitik verbiegt. Die Streitkräfte werden kultisch verehrt, aber unsere Eliten passen gut auf, die Wehrpflicht nicht wieder einzuführen: ein primärer Grund für den Rückzug aus Vietnam war Meuterei in den Streitkräften. Unsere Regierungsbehörden, Militär, Universitäten, Forschungszentren stecken voller Experten über die letzten Winkel der Erde – aber ein beachtenswerter Anteil der Nation ist ziemlich durcheinander was historische Details wie die genaue Identität der Protagonisten des Zweiten Weltkriegs angeht.

Die Öffentlichkeit überlässt diese Angelegenheiten normalerweise dem Kongress und dem Präsidenten. Die verfassungsmäßige Macht des Kongresses, Krieg zu führen, und dessen Kontrollfunktion hinsichtlich der Außen- und Verteidigungspolitik wankt seit dem Zweiten Weltkrieg schwindelerregend. Der Präsident hat einen ziemlich außergewöhnlichen Spielraum – wenn er auf die Unterstützung der außenpolitischen Eliten zählen kann. Diese setzt sich zusammen aus denen der Regierung, der Medien, des Militärs und der Universitäten, die quasi buchstäblich vom American Empire leben. Dazu gesellen sich die großen Teile der Finanzwelt und Industrie mit internationalen Interessen. Und dazu kommen dann auch die Führungsriegen der Kirchen und ethnischer Gruppen, die moralische Interessen zu verteidigen haben.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Neigung zu moralisieren noch verstärkt durch eine neue Lobby von Menschenrechtsaktivisten (wie UN-Botschafterin Samantha Power und die nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice). Die außergewöhnliche Stärke der Israel-Lobby, wo doch nur zwei Prozent der Bevölkerung Juden sind, lässt sich durch die Allianz mit den bibeltreuen Christen erklären, Protestanten, die ein unmittelbar bevorstehendes Ende der Geschichte erwarten – vorausgesagt in ihren apokalyptischen Visionen durch die

Rückkehr der Juden ins Heilige Land. Dass deren feuriges Weltbild den Untergang der Juden und die Bekehrung der Übrigen mit sich bringt, beunruhigt die Führer der amerikanischen jüdischen Organisationen nicht zu sehr. Die Zukunft ist ungewiss, erklären sie, aber in der realen Gegenwart haben wir die Unterstützung von rund 25 Prozent der Nation. Eine breitere interreligiöse Allianz verbreitet Angst und Abscheu vor dem Islam, angekurbelt von den Anschlägen des 11. September 2001 – aber schon tief eingeprägt in Millionen argloser Köpfe. Unsere Außenpolitik ist oft geprägt von kleineren Gruppen, die größere Allianzen schnüren. Die alternde kubanische Exil-Bevölkerung ist noch immer in der Lage, unsere groteske Verfeindung mit Kuba zu bestimmen. Wenn der kubano-amerikanische Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Mendenez, fordert, dass die NATO die Ukraine unterstützen soll, beabsichtigt er damit die Aufrechterhaltung eines hohen Anspannungsgrads, um friedliche Ko-Existenz in der Karibik zu verhindern.

Der Staat gibt aktuell mehr für sein Militär aus als während des Kalten Krieges. Jeder Vertrag für neue Waffen, jede Errichtung militärischer Einrichtungen führt zu lokalen wirtschaftlichen Interessen, die sich sofort in Unterstützung für den Kongress niederschlagen. Denken Sie an Keynes’ Bemerkungen über den Nutzen des Pyramidenbaus. Die amerikanischen Entsprechungen sind ganze Flugzeugflotten, die nicht fliegen können, oder gigantische Flugzeugträger, die für Taucher angreifbar sind. Unsere höheren Beamten können nicht verantwortlich gemacht werden für die Aufrechterhaltung einer permanenten Kriegswirtschaft. Viele sind gebildet und reflektiert und sich ziemlich bewusst über die zivilen und wirtschaftlichen Fundamente der Weltmacht. Eine merkliche Präsenz von Katholiken im Offizierskorps sensibilisiert unsere Admirale und Generäle oft mehr für die Grundsätze des gerechten Krieges und die moralischen Imperative der Verhältnismäßigkeit im Einsatz von Gewalt als viele Politiker. Nichtsdestoweniger scheint die militärische Komponente des außenpolitischen Apparats gegen die Maßgaben vernünftigen Urteilens immun zu sein.

Vor diesem Hintergrund verdient Obama Lob für das, was er erreicht hat mit dem Rückzug aus dem Irak, der Weigerung, einen Krieg gegen den Iran zu führen, und einen kleinen Anfang von Gegenwehr gegen die übermäßigen Forderungen Israels. Er hat es geschafft, die ständig präsente Gefahr einer Eskalation der Konfrontation mit China etwas zu dämpfen und die napoleonischen Fantasien Rasmussens mit der Geringschätzung zu strafen, die ihr gebührt. Er hat seine Präsidentschaft nicht für eine größere pädagogische Kampagne benutzt, ein nationales Umdenken anzuregen. In dieser Sache hat ihm Clinton, die sich sicher zu sein meint, sowohl für die Eliten als auch für die breite Öffentlichkeit zu sprechen, keinen Dienst erwiesen. Mit ihrer neuerlichen Kampfansage hat sie ihn gezwungen, offener

zu reden als in den bisherigen fünfeinhalb Jahren seiner Präsidentschaft. Er hat noch zwei Jahre und fünf Monate im Weißen Haus. Noch genug Zeit also für ihn, um mit größerer Klarheit zu sprechen, während sich die verstreuten Gruppierungen, die nach einer neuen Rolle Amerikas in der Welt suchen, auf moralische und politische Anstrengungen vorbereiten, die Clinton unfähig ist, anzugehen. Mehr Offenheit Obamas könnte auch dazu führen, dass sich andere Kandidaten ermutigt fühlen, sich für die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl zu 2016 bewerben. Jedenfalls werden sich umso mehr Demokraten nach Alternativen umsehen, je mehr Clinton redet.

Originaltext

Clinton, Obama and The New Era of American Empire
Norman Birnbaum

In a long interview in Atlantic magazine, former Secretary of State Hillary Clinton has criticized President Obama. Specifically, she declared that had the US provided arms to the original democratic opponents of the Assad regime in Syria,the situation there would be different and that the Muslim fundamentalists with their fanatic violence might not have arisen to fill a vacuum. Clinton used conditional language, to give the impression of a rather hypothetical reflection, but no one accepts this fiction. Her words were immediately and unanimously taken as expression of her formally undeclared but entirely obvious campaign for the Presidency. They were a declaration of distance from a supposedly unpopular President often criticized as an intellectual lacking the will to defend the nation’s interests. The President struck back, expressing extreme skepticism that the democratic opposition in Syria could have successfully opposed the military capacity of the Assad regime. The President was mordantly critical of the charge that American irresolution had provided an opening for the Jihadists in Iraq.

The direct renunciation of the policy she supported as Secretary of State was not, however, the most striking aspect of the interview. It was a systematic statement of the American nationalism embodied in the claim to global hegemony, disguised as moral and political leadership. Clinton did not hesitate to defend what she referred to as the “ugly” aspects of the Cold War—but did not name the nations in which the US had intervened, frequently to uphold or install brutal regimes which were reliably anti-Communist. She ignored equally covert interference in democratic nations. In the end, she proclaimed, the Cold War was won, legitimating what was done to win it. She sounded as hard as Kissinger but gave no evidence of having his historical intelligence.

That the end of the Cold War did not initiate a universal reign of peace and prosperity was attributed by Clinton to the irredeemable nature of nations and peoples unfortunate enough not to share in the destiny of the US. Clinton singled out Putin and Russia as especially flawed, pronounced Israel morally and politically exemplary, and was patronizing of Europe, skeptical of the possibility of agreement with Iran and remarkably silent on Asia—-except for praise for Prime Minister Abe for efforts to increase the share of women in the Japanese work force. One might have thought Abe’s deference to Japanese nationalism of some interest to her. After all, she is not the first graduate of Wellesley College in the vicinity of Boston to be interested in world politics. She was preceded by someone from the Sen family, later Madame Chiang Kai-Shek.

President Obama, in recent statements like the interview with Thomas Friedman in the New York Times, has taken a very different approach. He explicitly rejects the view that the US , however large its potential for influence, can impose its views on the world. He insists that there are many problems which do not respond to military solutions. Nations and peoples bear responsibility for overcoming their own divisions. The US has quite enough to do within its own borders, and indeed in failing to solve its own problems would become its own greatest adversary. His words are devoid of the triumphalism of Clinton’s unoriginal version of American exceptionalism. No President since Kennedy (in the 1963 speech calling for an end to the Cold War) has so emphatically defied the conventional thought of the American foreign policy elite—which accounts for their relentless denigration of our remarkably intelligent President. He has indeed made his own some of the worst traditions of the foreign policy apparatus and the domestic security state —especially in surveillance of the citizenry in violation of our constitutional rights, and covert operations abroad forbidden by our own laws and international law. Perhaps he has been influenced by Kennedy’s fate. A journey of ten thousand miles does begin with a single step, and he has at least taken more than one of these.

Clinton’s views are a return to the dogmatism that made her as schoolgirl an enthusiast for the angry provincialism of the prophet of contemporary Republican imperialism, Senator Goldwater. He was the Republican Presidential candidate in 1964, decisively defeated by Lyndon Johnson. Johnson won not least because he charged Goldwater with intending to enlarge American engagement in the Vietnam war—and, of course, promptly proceeded to do just that himself. Johnson declared later that he knew the war was unwinnable, but that he feared being murdered if he withdrew Amrerican troops.

Now Clinton, an erstwhile student critic of the Vietnam disaster, is placing herself at the head of a superficially modernized war party. Obviously, she thinks that the anti-imperial Democrats in the Obama coalition will have no choice but to vote for her—-while she

mobilizes the millions who sullenly leave decisions on war and peace to those who think of themselves as their betters. She may be living in a time warp, The anti-war voters might stay at home, or enough of them could support a third party candidate to give the Presidency to the Republican candidate. The Republicans themselves might turn away from perpetual warfare. Has this educated and intelligent person made a large, even huge, historical mistake?. She assumes that the conditions of the past half century, in which the US did exercise hegemony over much of the world, will continue indefinitely. That is not the case. Obama,much younger, has a far more realistic view of past, present and future. Their debate will continue, well after each leaves the political stage. Itl is, after all, the debate that will shape much of American politics for the next half century. Meanwhile, Clinton displays a maximum of opportunism in attempting to take her distance from Obama.His insistence on avoiding war is intrinsically popular, and the public may sooner rather than later support him against his critics, omnipresent in the media. His unpopularity is exaggerated. Thirty percent of the nation will never accept him, on cultural (he is too educated) and racial grounds. That leaves seventy percent—and since forty percent of the total electorate supports him, he commands a majority amongst those he can reach.

The US is a religious nation but in foreign policy, Vox Populi Vox Dei is not the rule. There are deep national currents of morally and religiously charged self depiction, but these are flagrantly self-contradictory. The US citizenry thinks of the nation as ultimately invincible but perpetually threatened. It thinks of national loyalty as a supreme good, but allows a clamorous set of ethnic, ideological, racial and religious groups to inflect foreign policy. The armed forces are held in cultic reverence, but our elites are careful not to recur to conscription: a primary ground for withdrawal from Vietnam was mutiny in the armed forces. Our government agencies, military . universities, centers of research are staffed by experts on the world’s remotest provinces—but a notable segment of the nation is somewhat confused as to historical details like the exact identity of the protagonists of the Second World War.

The public usually leaves these matters to Congress and the President. The constitutional war making power of the Congress and its supervisory function with respect to foreign and military policy has fluctuated vertiginously since the Second World War. The President has quite extraordinary scope—if he can count on the support of the foreign policy elite. That is constituted by those in government, the media, military, the universities who quite literally live from American empire. They are joined by the large sectors of finance and industry with foreign interests. They are joined too by the leadership of the churches and ethnic groups with moral interests to defend. .

In the past decades, the moralizing penchant of the nation has been reinforced by a new

lobby of human rights activists (like UN Ambassador Samantha Power and National Security Advisor Susan Rice). The extraordinary strength of the Israel lobby, when only two percent of the nation is Jewish, is explained by its alliance with the biblically literalist Protestants who anticipate an imminent end to history—foretold in their apocalyptic imaginations by the return of the Jews to the Holy Land. That their fervid world picture entails the destruction of the Jews and the conversion of the remnant does not bother the leaders of the American Jewish organizations too much. That is for the uncertain future, they explain, but in the real present we have the support of some twenty five percent of the nation. A broader inter-religious alliance refracts the fear and loathing of Islam stimulated by the attacks of September , 2001—but already deeply imprinted upon millions of unsophisticated minds. Our foreign policy is often set by smaller groups contracting larger alliances. The ageing Cuban exile population is still able to dictate our preposterous antagonism to Cuba. When the Cuban American Chair of the Senate Foreign Relations Committee, Senator Mendenez, demands that NATO support Ukraine, he intends the maintenance of a high degree of tension to avert co-existence in the Caribbean.

The nation is currently spending more on its military than during the Cold War. Every contract for new weapons, every installation of a military facility, produces local economic interests immediately reflected in Congressional support. Recall Keynes’ remarks on the utility of building pyramids. The American equivalents are entire fleets of airplanes which cannot fly, or gigantic aircraft carriers vulnerable to attacks by frogmen. Our senior officers cannot be blamed for the perpetuation of a permanent war economy. Many are educated and reflective, quite aware of the civil and economic foundations of world power. A marked Catholic presence in the officers corps often renders our admirals and generals more sensitive to the doctrines of just war and the moral imperatives of proportionality in the use of force than many politicians. Nonetheless, the military component of the American foreign policy apparatus seems immune to the limitations of prudential judgment.

In this setting, Obama merits praise for what he has accomplished by withdrawal from Iraq, refusal to make war on Iran, and a small beginning of resistance to the inordinate demands of Israel. He has managed to dampen, somewhat, the ever present danger of an escalation of confrontation with China, and has treated the Napoleonic fantasies of Rasmussen with the disdain they deserve. He has not used the Presidency for a larger pedagogic campaign to stimulate national rethinking. There, overly confident that she speaks for both elites and public, Clinton has done him no small service. With her recent challenge, she has obliged him to speak more freely than in the previous five and one half years of his Presidency. He still has two years and five months in the White House. It is enough time for him to speak with greater clarity still, as the dispersed groups seeking a newer American world role, at

once more limited and more constructive, prepare for moral and political struggles Clinton lacks the capacity to envisage. More openness from Obama can also have the consequence of encouraging other candidates to seek the Democratic nomination for the Presidency in 2016. In any event, the more Clinton talks, the more many Democrats will consider other alternatives.